

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig,
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag:
Gebr. Kohnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief monatlich 2.00 M. Durch
den Postweg vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6.00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gelochte Normalspaltbreite 20 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3 gelochte Normalspaltbreite 3 M. Bei mehrmaliger Aufg. Rabatt.
Interess. sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für die Einlieferung 20 Pf.

Nr. 240

Dresden, Donnerstag den 16. Oktober 1919

30. Jahrg.

Die Regierung und die Blockadennot

Vor Deutschlands Antwort

Berlin, 16. Oktober. Die letzte Note der Entente über die baltische Frage wird von der deutschen Regierung in den allerersten Tagen beantwortet werden, nachdem gestern der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten noch einmal Gelegenheit gehabt hat, sich mit dieser Antwort zu beschäftigen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Reichsregierung noch einmal mit allem Nachdruck versichern wird, daß sie gewillt sei, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die widerwärtigen Kruppenverbände in die Heimat zurückzuführen und etwa sich zeigen Widerstand zu brechen. Graf v. B. Holt wird in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Ankunft wird ihn die Reichsregierung zur Berichterstattung über seine letzten Schritte anfordern. In parlamentarischen Kreisen wird der Wunsch laut, ihn auch vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu hören.

Degegen ist mit einer baldigen Beantwortung der Blockadenote nicht zu rechnen. Aus der Sache ergibt sich, daß die deutsche Regierung vorher Fühlung suchen wird mit den neutralen Staaten, an die sich die Entente so ebenfalls gewandt hat. Derselbe Wunsch scheint auch bei den Neutralen zu bestehen. Nach hierher gelangten Nachrichten trägt sich auch die schwedische Regierung mit der Absicht, vor der Festlegung ihrer Schritte sich mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen und bei der englischen Regierung weitere Auskunft zu erbitten.

Erst nach Abschluß dieses Gedankenkreislaufes wird das Reichskabinett und danach der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sich über die Erteilung einer Antwort schlüssig werden.

Die Ostseesperre

Die Meldungen aus Rendsburg besagen, ruht der bewährte gerichtete Schiffsverkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal seit Verhängung der Blockade über die Ostsee fast vollständig.

Nach Mitteilung der interalliierten Marinekommission erlaubt sich die Sperre für die deutschen Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer. Derselbe schroffe Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur gerechtfertigt, im ganzen deutschen Volk, vor allem bei der betroffenen, an den Verhältnissen völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigte Erbitterung hervorzuufen.

Und nicht bloß im deutschen Volk. Aus Stockholm wird berichtet:

Zur Abfahrt nach Deutschland im Laufe der letzten Tage werden wegen der Blockade der Ostsee zurückgehalten. Man hofft aber, bald Nachricht zu erhalten, wann die Fortsetzung des Erzhandels zwischen Schweden und Deutschland ermöglicht wird. Die Erzindustrie war so ziemlich die einzige Schweden verbleibende Ausfuhrmöglichkeit, da alle anderen Industriezweige auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die Maßregel trifft daher Schweden mit weit größerer Schärfe als Deutschland.

Raperung deutscher Schiffe

Amsterdam, 16. Oktober. Der Telegraph meldet aus London, daß der britische Torpedobootführer Bellotti während der letzten Tage sechs deutsche Handelschiffe nach Royal eingebracht hat.

Der baltische Krieg

Wie die Berliner Abendblätter melden, ist von einem angeblichen Rücktrittsgesuche des Generals Gratzen v. d. Holt an den zuständigen Stellen nichts bekannt. Dieser wird an einem der nächsten Tage in Berlin erwartet. Erst dann wird man über etwaige Rücktrittswünsche Mitteilung machen können.

Die Räumung des Baltikums durch die Truppen, die dem Befehl der Regierung Folge leisten (10.000 bis 15.000 Mann, etwa ein Drittel, D. N.), wird mit Ablauf dieser Woche beendet sein. Ein beträchtlicher Teil ist aber in russische Dienste übergetreten und hat sich damit dem deutschen Einfluß entzogen.

Das Pressebüro Radio meldet aus Riga, daß die deutschen Truppen der westrussischen Regierung bis zu den Vorstädten von Riga vorgedrungen sind. Die Riga jedoch noch nicht überschritten haben.

Nach einer Meldung aus Jelisinga ist ein großer Teil Rigas in Flammen. Über die Stadt wurde die Blockade verhängt.

Wie das Kopenhaagener lettische Pressebüro mitteilt, ist der größte Teil des lettischen Kabinetts sowie das Präsidium des Volkstages bereits am 10. Oktober nach Riga zurückgekehrt. Dort erscheinen wieder fast alle lettischen Blätter. Der lettische Minister des Auswärtigen ist nach Warschau abgereist. Nach Meldungen von dort hat der polnische Staatssekretär des Auswärtigen Kranski gegenüber dem fremden Gesandten in Warschau erklärt, daß die Letten alle Kräfte unbedingte gegen die deutsch-russische Kräfte zusammenziehen könnten. Polen werde einen solchen Augenblick gegen die Letten nicht ausnutzen.

Judenitische Vorkämpfer

Helsingfors, 16. Oktober. Die russische Nordwestarmee hat Waga und drei andre Städte erobert. Ein amerikanischer Panzerzug mit 9 Kanonen, 15 Maschinengewehren, ferner 9 Geschütze, 31 Maschinengewehre, 45 Panzerwagen, 1500 Gefangene wurde erbeutet. Ein Regimentenstab befand sich unter den Gefangenen. General Judenitich meldet, daß die Operationen günstig fortgeschritten.

Die finnische Regierung beschäftigt sich mit dem Friedensangebot der russischen Regierung. Es wurde beschlossen, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Deutschnationale und Konservativen

Die Deutschnationalen bestreiten, daß sie eine Fortsetzung der konservativen Partei bilden; sie wollen etwas „ganz Neues“ darstellen. Das ist richtig und falsch. Nach jeder großen Umwälzung ist nämlich eine konservative Partei entstanden, einige ihrer Wesenszüge zu ändern. So lange in einem Staat das absolute Königtum herrscht, sind auch die Konservativen absolutistisch. Kommt dann durch eine Revolution der parlamentarische Gedanke zum Durchbruch, so werden die Konservativen, denen daran liegt, im Parlament Einfluß zu erlangen, zunächstestens konstitutionell. Es ist eben Eigenart der Konservativen, die Ergebnisse und die Entwicklung immer so weit anzuerkennen, als auch der bornierteste Verstand sich lösen muß, daß sie nicht mehr rückwärts revidiert werden können.

Aus diesem Grunde haben sich auch die preussischen Konservativen noch 1848 mit der Existenz des Parlaments abgefunden. Als 1868 in der ganz und gar reaktionären sogenannten „Landratskommission“ ein paar gänzlich unbedeutende Junker den Antrag stellten, die ganze Verfassung wieder abzuschaffen, da lehnten ihre eigenen Parteigenossen diesen Antrag ab, sie sagten sich, daß so weit das Rad der Geschichte doch nicht rückwärts gedreht werden könne.

Die Revolution von 1918 wird zwar von den Konservativen insofern nicht anerkannt, als sie die Abschaffung der Monarchie wieder rückgängig machen wollen; aber sie legen sich doch, daß selbst die zurückgeholte Hohenzollernmonarchie es nie mehr im Range zu der gleichen Autorität und Herrschaft bringen kann, wie vor ihrem Sturz. Deshalb haben sie sich doch gemühen, ein neues von dem Neuen wenigstens stillschweigend anzuerkennen und gegen das Prinzip des gleichen Wahlrechts und des Parlamentarismus keine gar zu heftige Opposition zu treiben. Gleichzeitigkeit haben sie sich durch das Aufheben der Wahlkreisgeometrie gezwungen, sich mehr als vor dem nach überlicher Regel Wahl zu umgürten, umal, da eine agrarische Interessengruppen durch die Lebensmittelpolitik und den Tiefstand der Wirtschaft überflüssig gemacht wird. Bei der Werbung um städtische Wählergruppen können ihnen die Gruppenjugate, die schon vor dem unter dem Deckmantel antisemitischer und wirtschaftlicher Missverständnisse von den Konservativen verurteilt hatten, nicht rein agrarische Interessenkreise für den konservativen Gedanken zu gewinnen. Durch die Konstellation der Umstände mußten diese jetzt das Übergewicht in der Partei gewinnen, und so bedeutet die neu entstandene Deutschnationale Volkspartei zwar lediglich dieselbe reaktionäre Masse, die früher im Reichstag die Rechte bildete, aber unter Verlegung des Schwerepunktes auf die früher nur als Hilfskräfte behandelten Einzelgruppen. Wie stark jetzt gerade die Antisemitik führend geworden sind, das zeigt die letzte Tagung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, die ein ausgesprochen antisemitisches Aktionsprogramm beschloß.

Italiens Vertreter im Völkerbund

Bern, 16. Oktober. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht die Dekrete, welche Lissani zum Vertreter Italiens im Rate des Völkerbundes, den Abgeordneten Bertolini zum italienischen Delegierten und d'Amiglio zum stellvertretenden Delegierten der internationalen Wiedergutmachungskommission ernennen.

Der rheinische Krater

Von M. Sollmann, M. d. N.

General Mangin, der Chef der französischen Besatzungstruppen im Rheinlande und zugleich Träger der rheinischen Politik des französischen Militarismus ist von der französischen Regierung aus dem Rheinlande abberufen worden. Unter dieser Abberufung gegen die von den herrschenden Gewalten Frankreichs begünstigten Willkürern zur Herbeiführung eines neuen Staates am Rhein hat einen weichen, nichtbaren Erfolg erzielt. Zwar wird die Pariser Humanität vollkommen recht, wenn sie schreibt, daß ein Verlangen nach nicht an der französischen Eroberungspolitik am Rhein ändern werde. Aber richtig ist doch auch, daß durch die Entlassung des Generals Mangin der Zusammenhang des bisherigen Systems der französischen Politik am Rhein erweicht ist. Die Franzosen geben anscheinend die Hoffnung auf, durch List und Ueberrumpelungen an ihre Ziel zu kommen und richten sich auf eine langwierige Tätigkeit zur Grenzfestigung der Rheinlande ein. Schon seit Monaten ist uns bekannt, daß mit General Mangin seine Hoffnungen auf Herrn Lortie und andre Franzosenmede verloren hat. Man mußte begriffen, daß alle die zweifelhaften politischen Gestalten, die sich an die Spitze der Loslösungsbestrebungen gedrängt hatten, Massen der rheinischen Völker nicht zur Gewinnung konnten. Die Franzosen wissen, daß ihren Plänen nur dann Erfolg winkt, wenn eine der beiden großen Parteien im Rheinlande, Zentrum oder Sozialdemokratie, geschlossen für Sonderbindungen und Loslösung gegenüber von Frankreich eintritt. In keiner der beiden Parteien besteht aber dafür zur Zeit die Möglichkeit.

Wahrscheinlich gibt es im rheinischen Zentrum Parte, die lieber heute als morgen von Breiten Loslösungen, um einen eignen Rheinstaat im Rahmen des Reiches zu gründen. Aber ihre Zahl ist seit der Annahme der Reichsverfassung, die der Neugliederung des Reiches politische Bahnen eröffnet, in raschem Schwinden begriffen. Die großen Organisationen der christlichen Arbeiter im Zentrum sind geschlossen für den deutschen Einheitsstaat und halten in dieser Forderung treue Waffengehörigkeit mit ihren sozialistischen Parteigenossen. Auch die parlamentarischen Führer des rheinischen Zentrum, deren bedeutendste Trimborn und Braun sind, betonen ihren Unitarismus, wenn ihnen auch an der Erhaltung Breiten nicht gelegen ist und sie weitgehende Autonomie namentlich kultureller Natur für die fünfzig Reichsprovinzen erheben. Das Zentrum ist jetzt und noch menschlichen Gränzen noch auf lange Zeit eine einflussreiche Partei im Reich, daß seine Trennungswünsche, die in der ersten Revolutionen mit ihren höchst unheimlichen Ausföhrungen recht fort waren, verfloren sind. Nur neuer Umsturz im Reich könnte die Taktik des Zentrum in der rheinischen Frage ändern, würde dies aber auch ohne Zweifel nicht und gründlich bewirken.

Einstweilen aber gilt der Reichstag des rheinischen Parteitag der Zentrumspartei, der die Verfassung und die Sperrfrist anerkennt, die verbietet, daß innerhalb der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung Parteistimmungen zur Neubildung von Ländern stattfinden dürfen. Doch ein Teil des rheinischen Zentrums die Abführung dieser Sperrfrist auf geschicktem Wege erstrebt, ist sein gutes Recht, wie wir es für unsre Pflicht halten, dieses Streben zu durchkreuzen.

Die sozialdemokratischen Anhänger in den Rheinlanden — weit mehr als eine Million — sind die härteste und absolut einige Kraft im Kampfe gegen nur auf Errichtung eines Rheinstaates im Verbände des Reiches. Auf diesem Gebiete sind sich beide sozialistische Parteien im Rheinlande an Heißstreue und nationalem Eifer zu übertrumpfen. Freilich sind diejenigen U.-S.-K. Leute, die das Bewußt über den angeblichen neuen Militarismus in Deutschland erheben und die Taktik des Proletariats propagieren, die getrennten Schrittmacher der Franzosen, denn dieser Spuk aus der „unabhängigen“ Presse Deutschlands gibt einige der stärksten Argumente für die französische Rheinpolitik ab. Wir sprechen mit Absicht immer nur von französischen Interessen am Rhein, da bisher kein Anhaltspunkt dafür vorliegt, daß Amerika oder England die französischen Pläne begünstigen; eher ist das Gegenteil der Fall.

Die Reichsregierung und die Regierungen der beteiligten Länder würden der rheinischen Frage seit einigen Monaten mehr Aufmerksamkeit als sie es im ersten halben Jahre nach der Revolution zum Schaden Deutschlands getan haben. Es ist ein Reichskommissar mit dem Titel in Koblenz ernannt, der Reich und Staaten gegenüber der hohen interalliierten Kommission vertritt, die mit der Ratifikation des Friedens die höchste Vertretungsbehörde der Entente im Rheinlande sein wird. Ein parlamentarischer Beirat aus allen Parteien bildet für den Reichskommissar die Vermittlung mit den wirtschaftlichen und politischen Kräften des Rheinlandes. Diese parlamentarische Beiratsbehörde ist zugleich die beste Gewähr für die Vertretung besonderer rheinischer Interessen auch bei den Behörden in Berlin.

Die rheinischen Parlamentarier sollten es als ihre